

## Koalitionsvertrag in Rheinland-Pfalz am 10. Mai 2021 unterschrieben: Die Ziele für die nächste Legislaturperiode sind gesetzt



Mit einer Drei-Parteien-Koalition geht Rheinland-Pfalz in die neue Legislaturperiode. Foto: SPD-RLP, Stephanie Schepp

Das bundesweit ambitionierteste Klimaschutzziel, der Ausbau zum führenden Biotechnologiestandort sowie eine Vorreiterrolle beim Smartfarming. Diese Punkte benannten Vertreter von SPD, Grünen und FDP in Rheinland-Pfalz bei der Unterzeichnung des Koalitionsvertrags als Schwerpunkte für die zweite Ampel-Regierung. Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) hob am 10. Mai 2021 in Mainz zudem soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Bildung sowie den Zusammenhalt der Gesellschaft als wichtige Eckpfeiler des Regierungsprogramms für die nächsten fünf Jahre hervor. Der mehr als 180 Seiten starke „Zukunftsvertrag Rheinland-Pfalz 2021 bis 2026“ trägt den Untertitel:

„Koalition des Aufbruchs und der Zukunftschancen“.

Der Bereich Wissenschaft wurde mit 8 Seiten deutlich ausführlicher behandelt als im Koalitionsvertrag der Legislaturperiode von 2016 bis 2021 – und beinhaltet mit dem Ausbau des Landes Rheinland-Pfalz zu einem weltweit führenden Standort für Biotechnologie zudem einen Fokus des Koalitionsvertrags, der sich auch im neu zugeschnittenen Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit widerspiegelt. „In der Corona-Pandemie war Rheinland-Pfalz die Apotheke der Welt“ begründet die SPD den von ihr verantworteten Schwerpunkt im Koalitionsvertrag. Auch die Kompetenzen der Forschung im KI-Bereich sollen weiter vorangetrieben werden. „Insbesondere mit dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz in Kaiserslautern, den Aktivitäten in Universitäten und HAW sowie dem Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering sowie Techno- und Wirtschaftsmathematik verfügt das Land über Einrichtungen, die sich mit diesem Thema beschäftigen und die u. a. durch die Gründung einer KI-Allianz, die Ernennung von KI-Botschafter\*innen und KI-Lots\*innen deutlich gestärkt werden sollen“, so der Koalitionsvertrag.

„Hoffentlich war es nicht eine Pflichtübung, zu Beginn des Abschnittes ‚zudem den Gesellschafts- und Geisteswissenschaften an den Hochschulen in unserem Land weiter einen hohen Stellenwert bei(zu)messen‘, um im Hauptteil dann die Biotechnologie intensivst herauszustellen. Auffällig bleibt in diesem Kontext, dass auch die doch an den HAW in Rheinland-Pfalz sehr stark vertretenen Ingenieurwissenschaften, die Wirtschaftswissenschaften und die Informatik unerwähnt bleiben. Selbstverständlichkeiten müssen im Gespräch bleiben! Denn all diese Wissenschaften sind nicht Beiwerk oder der Biotechnologie nur noch untergeordnet. Sie liefern das aktuelle, reflektierte und auch das geistig-ethische Fundament jeglicher Forschung, das ohne diese Reflektionsstrukturen dem Machbarkeitswahn der Konzernziele unterliegen würde“, betont Prof. Dr. Werner Müller-Geib, Vorsitzender des **hlb** Rheinland-Pfalz. „Wir begrüßen ausdrücklich die im neuen Koalitionsvertrag festgeschriebene Stärkung des Wissenschaftsstandorts Rheinland-Pfalz und die Ankündigung, den Hochschulen durch eine Fortsetzung der Stärkung der Grundfinanzierung eine langfristige finanzielle Sicherheit sowie die nötigen Freiräume in Forschung und Lehre zu bieten. Es darf jedoch nicht gelten: Was gut ist für BioNTech ist auch automatisch gut für Rheinland-Pfalz!“ Für das im Koalitionsvertrag

festgehaltene Vorhaben, neue Ideen, neues Wissen und neue Technologien aus der Wissenschaft schnell und zielgerichtet als Innovationen in die Wirtschaft und Gesellschaft zu bringen, seien die HAW als anwendungsorientierte Hochschulen prädestiniert und ‚unglaublich wichtig‘. „Wir bedauern jedoch erneut und wiederholend, dass weder die Schaffung eines eigenständigen Promotionsrechts der HAW noch der Aufbau eines akademischen Mittelbaus im Koalitionsvertrag Niederschlag gefunden haben. Diese langjährigen Ziele des **hlb** wurden in anderen Bundesländern längst realisiert und sowohl von Bündnis 90/Die Grünen als auch in Teilen von der FDP in den uns zugesandten Wahlprüfsteinen explizit unterstützt“, so Müller-Geib. „Wir werden uns auch in der nächsten Legislaturperiode dafür einsetzen, dass die Ziele, die wir in unserer Kampagne ‚Erfolg braucht‘ festgeschrieben haben, umgesetzt werden: Das betrifft die Anpassung der Deputate in den HAW auf 12 Semesterwochenstunden und eine wissenschaftliche Mitarbeiterin oder einen wissenschaftlichen Mitarbeiter pro Professur, angefangen bei den forschungsstarken.“

Eine große Zukunftsaufgabe des Vertrags lautet, „flexible Studienformate und modulare Studienangebote zu nutzen“. Dazu müsse jedoch der hohe Stellenwert der Präsenzlehre an den Hochschulen gesichert und der Digitalisierungsschub in seinen Vorteilen reflektiert werden, betont Müller-Geib. „Die Lehre darf nicht in Onlineveranstaltungen versinken. Die ‚unglaublich wichtige‘ Rolle des Kontaktes zwischen Lehrenden und Studierenden bleibt auch nach 50 Jahren HAW in Rheinland-Pfalz das Herz jeglicher Hochschulbildung.“ (vgl. 50 Jahre HAW: <https://unglaublich-wichtig.de/>)

Dem neuen Ministerium wird der bisherige Chef der Staatskanzlei, Clemens Hoch (43), vorstehen. Der Jurist studierte von 1998 bis 2003 Rechtswissenschaften an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn und als Erasmus-Student in Prag. Von 2006 bis 2013 arbeitete er als Rechtsanwalt in einer Kanzlei. Seit 2006 Mitglied des Landtages von Rheinland-Pfalz, schied Clemens Hoch 2013 aus dem Landtag aus, um die Position des Leiters der Abteilung 4 (Ressortkoordination, Landtag) in der Staatskanzlei einzunehmen und im November 2014 zum Chef der Staatskanzlei im Rang eines Staatssekretärs aufzusteigen. Die Erinnerungen an die eigenen Erasmuserfahrungen im Ausland werden für Clemens Hoch in seiner Politik zur Internationalisierung der Hochschulen wichtige Spuren sein, auch wenn sie schon lange zurückliegen. Dr. Denis Alt, Staatssekretär des bisherigen Ministeriums für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (MWWK), behält im neuen Ministerium seine Funktion als Staatssekretär.

„Wir wünschen Minister Hoch alles Gute für seine neue Aufgabe und bringen die Hoffnung zum Ausdruck, dass er sich in den Wissenschaftsbereich zügig einarbeiten und die hochschulische Wissenschaft kein Vehikel neben oder reiner Zubringer zum Gesundheitsresort werden wird. Denn es gilt alle Disziplinen, gerade die Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften sowie die Gesellschafts-, Geistes- und Sozialwissenschaften neben der Biotechnologie ebenso gerecht zu fördern. Der Hochschullehrerbund freut sich auf Gespräche und Diskussionen mit dem Ministerium – mit dem gemeinsamen Ziel, die HAW in Rheinland-Pfalz als wichtigen Bestandteil des Wissenschaftsstandorts Rheinland-Pfalz mit vielen Zukunftschancen weiter voranzubringen“, so Müller-Geib.